

Peer Pasternack (Hrsg.)

Das andere Bauhaus-Erbe

Leben in den
Plattenbausiedlungen heute



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis..... 8

Zentrale Ergebnisse..... 9

Bauhaus – Plattenbau – DDR (9). Segregation (10). Sozialraum (12).
Handlungserfordernisse und -optionen (14)

Peer Pasternack

Lebendiger als manche Design-Innovation – und umstrittener.

Die Plattenbausiedlungen als verstecktes Erbe im Jubiläum
„100 Jahre Bauhaus“ 19

Bauhaus und „Die Platte“? (19) DDR (23). Ostdeutschland (26).
Sachsen-Anhalt (27). Fazit (34)

A Einordnungen

Nico Grunze

Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Vielfältige Entwicklungen
und parallele Trends..... 39

Einwohnerverluste und deren Wirkung (41). Typologie ostdeutscher
Großwohnsiedlungen (41). Ausblick (46)

Marcel Helbig, Stefanie Jähnen

Pfadabhängigkeiten in den ostdeutschen Städten. Der Zusammen-
hang zwischen Bombenkrieg, sozialistischem Wohnungsbau, Kohls
„blühenden Landschaften“, Schröders ‚Agenda 2010‘ und heutiger
sozialer Segregation 49

Das empirische Puzzle (50). Der historische und institutionelle Kontext (52).
Empirische Untersuchung (58). Fazit (67)

Angelika Mettke

Alte Platte – Neues Design. Bauen im und mit dem Plattenbaubestand 69

Ausgangssituation: Dramatik und Chance (69). Förderung und Begleit-
forschung (70). Strategien der Leerstandsbekämpfung von industriell
errichteten Gebäuden (71). Transformation Plattenbauten (72). Möglich-
keiten zur Nachnutzung von Betonelementen (76). Fazit und Ausblick (80)

B Lokale Fallbeispiele

Sigrun Kabisch

Leipzig-Grünau: Dynamiken und Persistenzen einer Großwohnsiedlung ... 85

Zur Historie (85). Leipzig-Grünau aus Bewohnerperspektive (89). Zuzüge und deren Motive (94). Fazit und Ausblick (96)

Sonya Schönberger

Wohnen mit Vollkomfort 2017. Neu-Hohenschönhausen 99

Eine Annäherung (100). Einblicke in eine Platte (103). Der Blick von innen (105)

Stefan Köder

Mapping Olvenstedt. Geschichte, Kunst und Stadtteilarbeit im Magdeburger Experimentalwohnkomplex..... 109

12.000 Menschen, aber nur eine Eisdiele – kann das gut gehen? (109). Zum Verstehen: Geschichte und heutige Situation (109). Stadtumbau- und Aufwertungsinitiativen (117). Ein Ausblick: Visionen für das Leben in unseren Großwohnsiedlungen? (127)

Uwe Gellert

MySpace im Plattenbau. Einrichtungs- und Wohnraumkonzept für junges Wohnen in Dessau..... 129

Projektanbahnung (129). Projekteinstieg (130). Recherchen (131). Projektlösungen (132). „... da muss man als Student einmal gewohnt haben“ (137)

Katrin Reimer-Gordinskaya

Stendal-Stadtsee. Lackmustest der Demokratie in einer heterogenen Gesellschaft 139

Unsere Gesprächspartner*innen – eine typische Mischung (140). Wie der Stadtsee zu dem Ort wurde, der er heute ist (141). Individuelle und kollektive Erfahrungen und Alltagsprobleme (142). Artikulation von Interessen und politische Resonanz (146). Nebeneinander, Gegeneinander und Miteinander im Alltag (148). Solidarität und Allianzen gegen Ungleichheit und Spaltung (150). Fazit (151)

Peer Pasternack, Steffen Zierold

Halle-Neustadt: Fünf Jahre nach dem 50-Jahres-Jubiläum 153

Halle-Neustadt 1964–1989: Das Betriebssystem einer sozialistischen Stadt (153). Das soziale und politische Profil Halle-Neustadts seit den 90er Jahren und heute (159). Stimmungslage und Hintergründe (164). Zukunftsstadt „halle.neu.stadt 2050“ (168). Resümee und Ausblick (174)

Oliver Sukrow

„Eher Aperitifs als Kunstwerke“. Josep Renaus Wandbilder in den Plattenbausiedlungen von Halle-Neustadt und Erfurt-Nord: zur Kunst im postsozialistischen öffentlichen Raum 177

Plattenbausiedlungen, Bauhaus, Moderne – und „Malerei“? (177). Josep Renau: Leben zwischen Spanien, Mexiko und der DDR (180). Die Wandbilder in Halle-Neustadt (182). Das Wandbild in Erfurt (185). Von der Zerstörung zur Wiederherstellung (187)

Verzeichnis der Tafeln 191

Literaturverzeichnis 195

Autorinnen und Autoren 203

Bildnachweise 205

Die Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ 207

Zentrale Ergebnisse

Bauhaus – Plattenbau – DDR

Das Jubiläum „100 Jahre Bauhaus“ feiert 2019 die Prägungen des Designs und der Architektur, die heute noch als schick gelten. Die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt industriell errichteter Plattenbausiedlungen als das andere Bauhaus-Erbe indes ist abwesend.

Zwar bleibt das Neue Bauen ‚an sich‘ nicht völlig unberücksichtigt in der Jubiläumsgestaltung. Doch sind es allein Solitäre und Mustersiedlungen, denen Aufmerksamkeit geschenkt wird. Diese indes hatten technologisch und gestalterisch den Grund auch für die Serienfertigung gelegt: die Priorität des rechten Winkels, die Fensterbänder, die Serialität auch in der Detailgestaltung, Funktionstrennung und radikale Funktionalität. Zudem wurde der industrialisierte Wohnungsbau (auch) am Bauhaus vorgedacht, etwa von Ludwig Hilberseimer. Und als sich in der DDR ab den 50er Jahren das industrialisierte Bauen durchsetzte, waren es vor allem ehemalige Bauhäusler und Bauhaus-inspirierte Städteplaner gewesen, die an der Spitze dieser Bewegung standen.

Die neuen Siedlungen galten als Einlösung eines Versprechens, das nicht nur im Städtebau sozialistischer Länder formuliert wurde: modern, funktional, komfortabel. Dies folgte allgemeinen Stadtvorstellungen des 20. Jahrhunderts, in Ost wie West. Typisierung, Weite, Licht und grüne Stadt, Nachbarschaft und Planbarkeit urbanen Lebens waren die zentralen Ideen, vor allem aber: Funktionalität und Rationalität. Beide standen für Modernität. Städtebaulich folgten die Projekte der generellen Vorliebe der Moderne für Reißbrettstädte. Dass sich derart soziale Prozesse durch Architektur und Städtebau steuern ließen, war international weithin geteilte Auffassung in der modernen Stadtplanung.

Den Ausgangspunkt in der DDR bildeten zwei Probleme, die gleichfalls nicht allein DDR-typisch waren: Wohnungsmangel und unzulängliche Wohnqualität. Sowohl ökonomische Gründe als auch das Gleichheitsversprechen des Sozialismus führten dazu, dass es genormte Lösungen waren, die den Wohnungsmangel beheben und die Wohnqualität erzeugen sollten. Dies wurde seinerzeit weniger als defizitär empfunden, sondern als gerecht. Plausibilität gewinnt das, wenn man sich die Wohnsituation der Bevölkerungsmehrheit zwanzig Jahre nach dem Kriegsende vergegenwärtigt. Die Wohnqualität, die dann mit den Neubauten realisiert wurde, war seinerzeit nicht selbstverständlich (und ist es in weiten Teilen der Welt auch heute nicht).

Die sozialistischen Neubaustädte galten aber auch als Ausdruck der Überlegenheit des Sozialismus im Systemwettbewerb. Sie sollten die Gewissheit des „unaufhaltsamen Sieges“ des Sozialismus symbolisieren. Dort sollte der „neue Mensch“ entstehen und dieser die neue Gesellschaft gestalten. Ein „sozialistisches Wohnkonzept“ und eine „sozialistische Lebensweise“ wurden angestrebt. Für die meisten Bewohner:innen hingegen handelte es sich in erster Linie schlicht um eine zufriedenstellende Lösung ihres Wohnungsproblems.

Lebte zum Ende der DDR ein Drittel aller Einwohner in einer Plattenbausiedlung (und ein Viertel in Großwohnsiedlungen), so ist es heute im Osten Deutschlands jeder Fünfte. Dort ist diese Wohnform nach wie vor prägendes Element der Stadtlandschaften, in den westlichen Bundesländern deren gelegentliche Ergänzung.

Funktional und sozial waren die ostdeutschen Siedlungen in den letzten drei Jahrzehnten den westdeutschen sehr ähnlich

geworden: Die verbliebenen Einwohner der Erstbezugsgenerationen einschließlich ihrer ersten Nachwuchskohorte haben eine hohe Identifikation mit ihrer jeweiligen Siedlung; später Hingezogene sind überwiegend einkommensschwach. Daneben sind die ostdeutschen Siedlungen davon geprägt, dass sie bis 1989 Orte der geplanten Expansion und seit 1990 Orte der ungeplanten Schrumpfung waren.

Anfang der 90er Jahre kam es zu einer Diskriminierungswelle der ostdeutschen Neubaugebiete. Es setzten sich Einschätzungen durch, die sich zwischen Distanziertheit und Abscheu bewegen. Die Plattenbausiedlungen wurden jetzt vor allem als architektonische Zumutung und periphere Orte stigmatisiert. Auch die Wissenschaft hatte, wohl unbeabsichtigt, Anteil an den Abwertungsprozessen nach 1989. Es genügte ein Begriff, den sie aufnahm und dadurch nobilitiert in die mediale Öffentlichkeit zurückspiegelte: Die Stadtforschung bedient sich seit den 90er Jahren des Begriffes „Platte“, um etwas zu verhandeln, für das in der DDR zwei weit neutralere Vokabeln gebräuchlich waren: „Neubau“ und „Plattenbau“. „Platte“ bezeichnet insoweit keine DDR-Wohnform, sondern verweist auf die Karriere eines postsozialistischen Begriffs.

Die Plattenbausiedlungen sind gewesene städtebauliche Leistungen und gewordene soziale Problemzonen. Hier ist die Frage, ob und wie beides miteinander zusammenhängt. Zur Antwort gehört, dass es neben gleichlaufenden Entwicklungen zum Teil auch deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Siedlungen gibt.

Segregation

Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen meist die Großwohnsiedlungen, d.h. Plattenbaugebiete mit 2.500 oder mehr Wohnungen. Von diesen gibt es im Osten Deutschlands 171. Daneben finden sich aber auch hunderte kleinerer Plattenbausiedlungen bis hin zu Kleinstquartieren von vier bis zehn Blöcken in Dörfern. In

den Großwohnsiedlungen bündeln sich die Problemlagen allerdings besonders. Doch sind sie nicht die Verursacher, sondern die Austragungsorte sozialer Probleme. Auch heißt arm zu sein nicht immer, sozial auffällig zu sein.

Ostdeutschlandweit haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten sechs verschiedene Typen der Großwohnsiedlungen herausgebildet, die sich zwei Gruppen zuordnen lassen:

- In der Gruppe der stabilen Siedlungen finden sich stabile, stabil großstädtische und stabil überalterte.
- In der Gruppe der schrumpfenden Siedlungen können schrumpfende, stark schrumpfende und aufgelöste unterschieden werden.

Gründe für die Differenzen sind

- die Abhängigkeit von der Arbeitssituation,
- das Alter der Siedlungen oder deren Lage,
- die dadurch unterschiedlich starke Abwanderung und
- der infolgedessen ungleich verteilte Wohnungsleerstand, sodass in zahlreichen Siedlungen kein Abriss stattfand, während es in anderen zu punktuellen oder gar flächenhaften Rückbaumaßnahmen kam.

Die baulich älteren Plattenbaugebiete (errichtet von 1965 bis 1976) sind auch heute noch sozial günstiger zusammengesetzt als die jüngeren (ab 1977):

■ Städtebaulich ist dies darauf zurückzuführen, dass die Bausubstanz der jüngeren Plattenbaugebiete schlechter war als die der älteren und die älteren nach der Wende häufiger saniert wurden.

■ Sozialstrukturell waren die Bewohner in den älteren Plattenbaugebieten zur Wende Ende 30 bis Anfang 50, wenn sie mit rund 25 Jahren eingezogen sind. Die Bewohner der jüngeren Plattenbaugebiete waren zur Wende-Zeit zwischen Ende 20 und Anfang 30. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich vor allem die jüngeren Bewohner

mit entsprechend jüngeren Kindern für einen Umzug, etwa ins Umland, entschieden, war höher als bei den älteren Bewohnern in den älteren Plattenbaugebieten. Dementsprechend befinden sich in den älteren Plattenbaugebieten immer noch mehr Bewohner, die bereits während der DDR-Zeit dort lebten.

Hinsichtlich der Lage deuten Unterschiede zwischen den ostdeutschen Städten darauf hin, dass stadtmorphologische Gegebenheiten und damit einhergehende Pfadabhängigkeiten die soziale Segregation langfristig bestimmen. Im Falle von Dresden, Magdeburg und Chemnitz hatte der Bombenkrieg vor über 70 Jahren die Städte auf einen Pfad geführt, der heute in relativ niedrigen Werten der Armutsegregation resultiert: Große innerstädtische Brachflächen wurden für die Errichtung von Plattenbausiedlungen genutzt. In diesen Städten sind daher die Attraktivitätsunterschiede zwischen den Quartieren wesentlich kleiner als andernorts: Es befinden sich mehr Plattenbauten in den Innenstädten; es gibt auch weniger Plattenbauten und weniger Wohnraum in attraktiven Altbauten, der ab den 90er Jahren saniert werden konnte. In den anderen Städten hingegen waren vor allem ausgedehnte Trabantensiedlungen gebaut worden – z.B. Halle-Neustadt, Erfurt-Nord oder Rostock-Lichtenhagen –, in denen sich nun die Problemlagen konzentrieren.

Insofern bestimmt der Umfang der Wohnungszerstörung während des Zweiten Weltkriegs in den ostdeutschen Städten noch heute das Ausmaß sozialer Segregation. Wollte man die bestehende Segregation z.B. in der Stadt Halle (Saale) insgesamt auflösen, dann müssten 40 Prozent aller SGB-II-Empfänger im Stadtgebiet umziehen.

Zu der hohen Konzentration Einkommenschwacher in den Plattenbauten hat beigetragen, dass es nicht nur selektive Abwanderung, sondern auch selektiven Zuzug in die Trabantensiedlungen gab (und gibt). Die seit den 90er Jahren Hingezogenen sind vor allem dadurch gekennzeichnet

net, aufgrund ihrer Lebenssituation wenig Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Wohnlage zu haben. Bei der Betrachtung der SGB-II-Quoten von Kindern z.B. fällt eines auf: Besonders in den jüngeren Plattenbaugebieten ist es zu einem enormen Anstieg von Kinderarmut direkt nach der Hartz-IV-Reform gekommen, der außerhalb der Plattenbaugebiete nicht zu beobachten war. Das dürfte ein Indiz dafür sein, dass besonders SGB-II-Empfängern mit Kindern nahegelegt wurde, sich eine bezahlbare Wohnung im Stadtgebiet zu suchen. Diese war dann vornehmlich in den Plattenbaugebieten zu finden. Die Folgen:

- In den Plattenbausiedlungen wohnen überproportional viele SGB-II-Bezieher, für die es weniger wahrscheinlich ist, den SGB-II-Status zu verlassen: Langzeitarbeitslose, Familien mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende, die es im allgemeinen schwerer haben, aus der Abhängigkeit von Transferleistungen herauszukommen.

- Durch die Ballung von SGB-II-Beziehern in diesen Gebieten kommt es zu Nachbarschaftseffekten, die gleichfalls dazu führen, dass der SGB-II-Status schwieriger zu verlassen ist: Der Status stellt dort ein geringeres soziales Stigma als in anderen Quartieren dar, weil viele Personen Leistungen nach SGB II erhalten. Dementsprechend kann das Bemühen, den SGB-II-Status zu verlassen, durch das nachbarschaftliche Umfeld geschmälert werden. Ebenso fehlen positive Rollenvorbilder, die den Bewohnern vor Augen führen, dass man den SGB-II-Status langfristig verlassen kann.

Der selektive Zuzug verstärkte und verstärkte die Wirkungen der Selektivität der Abwanderung bzw. des Verbleibs: Die Generation derjenigen, die in den 70er und 80er Jahren in den Siedlungen aufgewachsen waren, war und ist seit den 90er Jahren besonders durch Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen. Diejenigen aus dieser Generation, bei denen es sich anders verhielt, sind abgewandert.

Insgesamt haben so die Plattenbaugebiete auch kaum am wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilhaben können. Zudem ergeben sich selbst dort, wo die Arbeitslosigkeit abnimmt, nicht umstandslos auskömmliche Familieneinkommen. Während in einer Reihe ostdeutscher Städte die SGB-II-Quoten in innerstädtischen Gebieten oder den Vororten seit der Hartz-IV-Einführung um 40 Prozent zurückgegangen sind, fiel der Rückgang in den Plattenbaugebieten wesentlich geringer aus – in manchen Städten ist die SGB-II-Quote dort auch angestiegen. Folglich konzentrieren sich in den Siedlungen nun zunehmend soziale, kulturelle und politische Probleme.

Sozialraum

In der Bundesrepublik gibt es zirka vier Millionen Wohnungen in Großwohnsiedlungen. Das sind 20 Prozent des Mietwohnungsmarktes mit etwa acht Millionen Bewohnern. Bezahlbares Wohnen ist keine Selbstverständlichkeit, aber in den Plattenbausiedlungen gesichert.

Das sehen auch die meisten Bewohner.innen so. Gleichfalls haben sie überwiegend differenzierte Binnenwahrnehmungen zu ihren Quartieren. Als Stärken finden sich neben den bezahlbaren Mieten regelmäßig die umfangreichen Grünanlagen und Versorgungseinrichtungen genannt. Als Schwächen werden das sich verändernde soziale Umfeld, Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite angegeben. Man ist misstrauisch geworden, öffnet keine Türen, wenn man nichts erwartet, kennt nur sehr wenige Menschen im Haus, sieht den Zuzug von augenscheinlich Nicht-Deutschen sehr negativ. Aussagen hinsichtlich des sich verstärkenden Ausländeranteils werden häufig mit der Artikulation befürchteter sozialer Spannungen verbunden.

Die Erwartungen an die Politik sind überwiegend gering. In Halle-Neustadt z.B. erreichten 2014–2019 die Parteien, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen

werden – CDU, SPD und FDP –, bei Wahlen nur noch Zustimmungswerte zwischen 30 und 46 Prozent. Soweit das konkurrierende populistische Wahlangebot angenommen wird, verbirgt sich dahinter wesentlich Institutionen- und Verfahrensskepsis – die auf eine regressive Weise zum Ausdruck gebracht wird. Eine verbreitete Komplexitätsabwehr, die in Demokratiemisstrauen mündet, resultiert aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen ist: Man habe auf den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, keinen Einfluss.

Lange bevor sich die AfD ab 2013 als Partei konsolidierte, um dann besonders in den Plattenbausiedlungen zu reüssieren, hatten sich Prekarisierung, Erosion sozialer Beziehungen, Krise der Sorgearbeit, Bildungsarmut sowie mangelnde politische Repräsentation und Teilhabe der Betroffenen mitsamt den Deutungs- und Umgangsweisen auf individueller und kollektiver Ebene bereits verfestigt. Die AfD wurde dann zu der Partei, mit der sich in der Wahrnehmung vieler der etablierte politische Betrieb am intensivsten ärgern lässt. Das ist nicht zuletzt an der beträchtlichen Zahl von Wähler.innen erkennbar, die sich zuvor qua Wahlverweigerung bereits aus dem politischen Prozess verabschiedet hatte.

Nimmt man die politische Aufmerksamkeit für die Großwohnsiedlungen in den Blick, so ist z.B. der Vergleich von Leipzig-Grünau und Halle-Neustadt überraschend: Der Bevölkerungsanteil an der Gesamtstadt beträgt in Grünau 7 Prozent und in Halle-Neustadt 20 Prozent. Das heißt etwa: Gegen die Neustadt lassen sich in Halle keine Wahlen, etwa zum Oberbürgermeister, gewinnen, gegen Grünau in Leipzig aber durchaus. Vor diesem Hintergrund kann dann ein Doppelbeobachtung durchaus erstaunen: Grünau erfreute sich einer durchgehenden Aufmerksamkeit der Leipziger Stadtpolitik; die Segregationsgefahren wurden nicht nur gesehen, sondern bereits in den 90er Jahren aktiv bearbeitet. Die im gleichen Jahrzehnt gegebene

ne Minderbeachtung Halle-Neustadts hingegen erweckte den Eindruck, als habe man dort über ein Jahrzehnt benötigt, um zu realisieren, dass der Stadtteil seit 1990 nicht mehr administrativ selbstständig ist, sondern zur Stadt Halle gehört. Angesichts der quantitativen Bedeutung beider Stadtteile für ihre jeweiligen Städte hätte man das eher umgekehrt erwarten können.

Ein anderer Vergleich von Großwohnsiedlungen zeigt ebenfalls Differenzierungen auf. Er knüpft daran an, dass Hochschulen als Belegungsfaktor per se gelten und man die Frage stellen kann, warum in den 90er Jahren keine Hochschulen in ostdeutschen Plattenbausiedlungen angesiedelt wurden. Immerhin wurde damals die Hochschulstruktur völlig neu definiert, und es handelt sich bei den diesbezüglichen Standortentscheidungen um eine staatlich durchsetzbare Intervention in Stadträume. Hochschulen bringen junge Leute in einen Stadtteil, zumal solche, die – da bildungsorientiert und eher mobil – sonst aus den Plattenbausiedlungen vorzugsweise abwandern. Es bildet sich eine milieuspezifische Infrastruktur; die Konsum- und Mietnachfrage steigt; kulturelle Aktivitäten entstehen. Das funktioniert nicht umstandslos, aber es können sich entsprechende Tendenzen ausprägen. Anhand von Beispielen lässt sich zeigen, welche unterschiedlichen Pfade Plattenbausiedlungen in dieser Hinsicht einschlagen können:

- Leipzig-Grünau liegt so weit außerhalb der Stadt, dass es gänzlich frei ist von Behörungen mit den in der weiteren Innenstadt angesiedelten Leipziger Hochschulen. Insbesondere die studentische Wohnraumnachfrage geht an Grünau nahezu vollständig vorbei.

- Gleiches gilt für Magdeburg-Neu Olenstedt und Erfurt-Nord.

- Stendal-Stadtsee liegt zwar in der Nähe des Stendaler Standorts der Hochschule Magdeburg-Stendal. Doch die Studierenden dort sind überwiegend Fahrstudenten aus dem Umland. Die es nicht sind, nutzen die reichlich vorhandenen

Angebote in den Altbauten der Stadt (und seit kurzem auch ein Studentenwohnheim auf dem Campus).

- Aus Halle-Neustadt hatte sich die Martin-Luther-Universität bereits seit den 90er Jahren schrittweise zurückgezogen, und das letzte große Wohnheim des Studentenwerks wurde 2019 aufgegeben. Zugleich entstand unmittelbar an die nördliche Neustadt angrenzend der Wissenschafts- und Universitätsstandort Weinberg Campus/Heide-Süd. Doch der dazwischen liegende große Parkstreifen, eine Konversionsfläche, wirkt zwischen beiden nicht verbindend, sondern trennend. Die Studierenden wohnen ganz überwiegend in der deutlich weiter entfernten Altstadt. Immerhin aber ergab es hier im Rahmen der Bewerbung für den Bundeswettbewerb „Zukunftsstadt“ eine Auffälligkeit: Neben Verwaltungs- und Planungsinstanzen, Bürgerschaft und Vereinen war auch die Wissenschaft mit gleich mehreren Einrichtungen aktiv engagiert, um eine Anbindung an Halles Charakter als Kultur- und Wissenschaftsstadt, von dem die Neustadt bislang nahezu völlig unberührt ist, zu organisieren.

- Die einzige ostdeutsche Plattenbausiedlung, in der eine komplette Hochschule angesiedelt ist, ist Berlin-Hellersdorf. Dorthin war die Alice-Salomon-Hochschule, zuvor in Berlin-Schöneberg ansässig, 1998 gegen ihren Willen verlagert worden. Lokale Wirkungen und milieubedingte Differenzen werden hier gut sichtbar. Seit 2008 gibt es ein „Kooperationsforum Alice Salomon Hochschule – Bezirk Marzahn-Hellersdorf“, in dem zahlreiche Projekte realisiert werden, vor allem solche, die sich auf bezirkliche Probleme beziehen: Jugendliche in Marzahn-Hellersdorf oder sozialräumliche Demokratieentwicklung im Bezirk sind z.B. zwei der zahlreichen Themen. Der Bezirk profitiert damit von der Expertise der sozialarbeiterisch orientierten Hochschule. Zugleich wird auch deutlich, dass der Brückenschlag zwischen den Welten von Bezirk und Hochschule nicht immer gelingt. So strahlte etwa seit 2011 mit dem Eugen-Gomringer-

Gedicht „avenidas“, auf eine Giebelwand aufgetragen, ein spanischsprachiger Text in eine Umgebung aus, deren Mehrheitsbevölkerung des Spanischen nicht mächtig ist (ein Aspekt, der auch in der Debatte über das sexistisch interpretierbare und schließlich überschriebene Gedicht keine Rolle spielte). Als Einladung wird die ansässige Einwohnerschaft diese Giebelwandgestaltung kaum wahrgenommen haben können.

Die Siedlungen leben bis heute auch aus der Erinnerung. Bei den gebliebenen Teilen der ursprünglichen Einwohnerschaften findet sich der Versuch, seinerzeit akute Probleme durch industrialisierten Wohnungsbau zu lösen, im wesentlichen positiv bewertet. Das ist erinnerungsgeleitet und autobiografisch verankert. Der bisherige Integrationsmodus eines Großteils der Einwohner wird durch die gemeinsame biografische Erfahrung bestimmt. Diese schaltet die Siedlungsentstehung mit den lebensprägenden Jahren von Familiengründung, Kindererziehung und beruflichem Aufstieg parallel. Ebenso wirkt sich in den Quartieren noch stabilisierend aus, dass die Generation der inzwischen hochbetagten Senioren aus dem Erstbezug großteils Vorruhestandsregelungen in Anspruch nehmen können oder aufgrund ungebrochener Erwerbsbiografien über eine auskömmliche Rente verfügt. Sowohl der Integrationsmodus als auch relative Einkommensstärke mit ihren auch zivilisierenden Alltagswirkungen entschwinden mortalitätsbedingt zunehmend.

Handlungserfordernisse und -optionen

Im Osten Deutschland gibt es nur wenige Probleme hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums, aber viele Probleme mit sozialer Segregation. Während im Westen die Segregationstendenz eher gleichbleibend ist, nimmt sie im Osten zu. Die räumliche Konzentration einkommensschwacher Haushalte hat benennbare Ursachen:

- selektive Fort- und Zuzüge mit der Folge einer sukzessiven sozialen Entmischung,

- die politisch kalkulierten Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU), für die sich Wohnungen zum größten Teil nur in den Plattenbausiedlungen finden lassen, sowie
- rein renditeorientierten Strategien einiger privater Eigentümer, insbesondere Investmentfonds, die auf Sanierungen gänzlich verzichten oder nur Schlichtsanierungen realisieren und so die Segregation zusätzlich fördern.

Die beiden letztgenannten Ursachen stehen politischer Bearbeitung durchaus offen. So greifen die Städte über die KdU-Regelungen in die Wohnungsmärkte ein und sind damit wichtige Akteure bei der Erzeugung sozialer Segregation.

Indem den Plattenbausiedlungen nicht nur mangelnde bauliche Attraktivität zugeschrieben wird, sondern sie auch zu sozialen Brennpunkten geworden sind, sinkt ihre soziale Attraktivität zusätzlich. Ein wesentlicher Grund dafür: Sozialwohnungen sind bisher vor allem in Gebieten zu finden, in denen ohnehin die Einkommensschwachen wohnen. Wird dort Neubau weiterer Sozialwohnungen realisiert, verstärkt das eher die Segregation. Hier besteht die Option, Neubauten in besseren Wohnlagen mit strikten Auflagen für einen Anteil von Sozialwohnungen zu versehen. Sozialer Wohnungsbau sollte eher in den Innenstädten als in Großwohnsiedlungen stattfinden.

Neben dem Wohnungsneubau ist auch der Umbau der Bestände eine Möglichkeit, sich den gegenwärtigen und perspektivischen Wohnpräferenzen der Bewohner zu stellen. Der Plattenbau ist, was seine Anpassungsfähigkeit an veränderte Nutzungsbedürfnisse betrifft, durch die modulare serielle Bauweise sehr gut für Rück- und Umbau geeignet. Obgleich die Gebäude ursprünglich nicht demontabel geplant bzw. errichtet worden waren, bestehen günstige Voraussetzungen für Teilrückbau, Grundrissveränderungen sowie die Fassaden- und Dachgestaltung. Der industrielle Baubestand lässt insofern einen hohen architektonischen Gestaltungsspielraum zu.

Zugleich sind intakte Städte, gute Wohnstandards und Zufriedenheit für die Lebensqualität von ausschlaggebender Bedeutung. Mit Abbruch – sprachlich sublimiert zu „Rückbau“ – allein kann kein Stadtquartier aufgewertet werden. Ein architektonisch ansprechender, den Mieterwünschen weitgehend angepasster und bezahlbarer Umbau durch Teilrückbau und Modernisierung und/oder Sanierung, gekoppelt mit Wohnumfeldverbesserungen und infrastrukturellen Anpassungen, muss daher immer parallel oder zumindest zeitnah zum Abbruch geplant und zu realisiert werden.

Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, dass bauliche Lösungen mit ausreichend politischem Willen durchaus umzusetzen sind. Dies dokumentieren ebenso der Stadtumbau Ost mit etwa 320.000 abgerissenen Wohnungen wie die Förderungen von Wohnparks in den 1990er Jahren oder derzeitiger Neubauprojekte. Umgesetzte Baumaßnahmen zeigen z.T. völlig neue, ansprechende Gebäudetypologien im Bestand.

Darüber hinaus können die beim Teilrückbau zurückgewonnenen Betonelemente in Gänze sekundär nachgenutzt werden. Damit wird den schon einmal in Nutzung gewesenen Betonelementen ein zweites Leben gegeben. Der Teilrückbau unter Verwendung des dadurch gewonnenen Materials vereint mehrere Vorteile:

- Der Erhalt des verbleibenden Bestandes zusammen mit Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen führt zur deutlichen Aufwertung von Plattenbauten und der Auflösung der ehemals monotonen Struktur ganzer Wohnquartiere. Der verbleibende Gebäudebestand kann bedarfsorientiert umgestaltet werden.
- Vorhandene technische Infrastruktur lässt sich weiternutzen.
- Die beim Rückbau anfallenden Betonelemente lassen sich auf vielfältige Art und Weise nachnutzen, so z.B. im Wohn- und Nicht-Wohnbau, in Form von Ergänzungsbauten zur Aufwertung des

Wohnumfeldes und/oder landschaftsgestaltenden Elementen.

- Die Substitution von Primärrohstoffen bewirkt reduzierten Energieaufwand, der bei Beton-Neuproduktion anfallen würde, um 95 Prozent inklusive der gravierenden Verminderung klimabedingter Koppelprodukte. So werden anstelle von 394 Kilogramm CO₂-Emissionen, die bei der Produktion von einer Tonne Fertigteilbeton freigesetzt werden, bei der Bereitstellung einer Tonne gebrauchtem Betonbauteil nur 12 Kilogramm CO₂ emittiert.

Vor dem Hintergrund, Ressourceneffizienz mit Energieeffizienz zu vernetzen, ist die Wiederverwendung von Betonelementen eine echte Alternative und ergänzende Lösung zum konventionellen Bauen.

Mit neuem Wohnungsbau kann sich die Chance ergeben, das Wohnungsangebot zu erweitern, um ein breiteres Spektrum potenziell interessierter Mieter anzusprechen. Dies ist zwar noch ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Bisher sind attraktive Wohnprojekte überwiegend durch Umzug innerhalb der jeweiligen Siedlung belegt worden: Wer eine dieser Wohnungen bezog, verließ also zugleich eine andere. Sofern der Zuzug von neuen Mietern ausbleibt, werden sich erneute Wohnungsleerstände ergeben. Immerhin aber gibt es inzwischen auch in Ostdeutschland Städte mit Wohnraumangel. Hier können die Plattenbausiedlungen interessant werden. So können im Verbund mit benachbarten Wohnbauten, die am Rande der Plattenbausiedlungen entstehen, Wohnquartiere mit eigener Quartiersidentität entstehen. Auf diese Weise ließen sich aus einer Großwohnsiedlung mehrere überschaubare Siedlungen mit unterschiedlichem Charakter gestalten.

Zumindest in den Großwohnsiedlungen – nicht immer in den kleineren Plattenbauquartieren – gibt es infrastrukturell das meiste, was im allgemeinen gewünscht wird: Nahversorgung, Schulen, Krankenhaus, Sehenswürdigkeiten und Grün. Was fehlt, sind wirkliche Begegnungsorte und

gelebte Nachbarschaft. Kultur wird überwiegend von freien Trägern angeboten. Partizipation wird über Projektförderungen organisiert. Selbst Quartiersmanagement muss immer wieder über Fördermittel neu ausfinanziert werden.

Häufig fehlen hingegen Orte urbanen Lebens, also der Begegnung im öffentlichen Raum, die über eine hohe Aufenthaltsqualität verfügen. Nötig sind solche zentralen Treffpunkte aber, um die Siedlungen als beheimatend erfahren zu können. Sie sollten öffentlichen Raum, (Sozio-)Kultur, Kunst, Nahversorgung, Nachbarschaftszentrum und freies WLAN verbinden. Generell muss (weiter) in die Gestaltung der Lebensqualität investiert werden. Hier braucht es

- soziale, kulturelle und Bildungs-Angebote, vor allem für finanziell schwache oder ausgegrenzte Kinder sowie Alleinerziehende, Geflüchtete und Ältere
- die Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation, z.B. durch Unterstützung von Initiativen der Stadtteilbewohner:innen
- eine ausgewogene Mischung günstigen – z.B. noch nicht vollsanierten – und höherwertigen Mietwohnraums
- Erhalt bzw. Schaffung von Gewerbe- und multifunktionellen Räumlichkeiten, u.a. für Firmen, Kinder- und Jugendarbeit, Veranstaltungen sowie Aktivierungen im zweiten und dritten Beschäftigungssektor
- Erhalt und bei Bedarf Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und Freizeitflächen, städtischen Plätzen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV

Besonders heikel sind die hohen Anteile unter den Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Im Durchschnitt lag die Kinderarmutsquote zwischen 2005 und 2014 in den jüngeren Plattenbausiedlungen bei 49 Prozent, in den älteren Siedlungen bei 38 Prozent. Die Betreuungs- und Schulinfrastruktur ist in zahlreichen Siedlungen sanierungs- und erweiterungs-

-bedürftig. Für angemessene Bildung ist diese jedoch eine zentrale Voraussetzung, und Bildung wiederum entscheidet über das künftig individuell realisierbare Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Dazu muss die Generation der heutigen Kinder und Jugendlichen für ein Leben jenseits der Prekarität ertüchtigt werden.

Das diesbezügliche Ziel lässt sich schlicht formulieren: Es soll dereinst kein biografischer Nachteil gewesen sein, seine Kindheit und Schullaufbahn in einer Plattenbausiedlung verbracht bzw. absolviert zu haben. Das muss dann ins Konkrete übersetzt werden, z.B. so:

- schrittweise Absenkung der Schulabbrucherquote pro Jahr um ein Prozent;
- schrittweise Herstellung der Ausbildungsfähigkeit aller, indem diese Quote jährlich um ein Prozent gesteigert wird;
- schrittweise Angleichung der Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium an den Landesdurchschnitt, auch hier pro Jahr ein Prozent Steigerung als Zielmarke.

Sind die Ziele definiert, müssen die dafür nötigen (Personal-)Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Für die Generation am anderen Ende der Lebensspanne sind intensiviertere Anstrengungen nötig, Wohnraum und -umfeld barrierefrei zu gestalten. Zahlreiche Wohnungsgesellschaften investieren bereits entsprechend, um Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen, sie also nicht als Mieter zu verlieren.

Zugleich erreicht inzwischen eine Generation das Rentenalter, die deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen war und ist. Deren Rentenbezüge fallen sehr viel geringer aus als die der vorangehenden Generation. Die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien werden genau die preiswerten Wohnungen benötigen, die in den Plattenbausiedlungen heute zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersarmut müssen daher Sanie-

rungsmaßnahmen und Investitionen mit den entsprechenden Teuerungseffekten genau abgewogen werden.

Die notwendigen Instrumente zur Umsetzung der Problembearbeitungen müssen alle Ebenen betreffen, da der regionale Arbeitsmarkt genauso entscheidend ist wie zeitgemäße Regelungen bei den Kosten der Unterkunft oder informelle Wohnraumkonzepte. Die Akteure der Wohnungswirtschaft und kommunalen Verwaltung brauchen ausreichend finanzielle und juristische Spielräume, sodass kontinuier-

liche Möglichkeiten bestehen, auf die vielfältigen und sich wandelnden Anforderungen zu reagieren.

Denn aufgeben lässt sich die Mehrzahl der Siedlungen weder als Baubestand noch als Sozialraum. Die Plattenbauquartiere werden überwiegend gebraucht, da ihre vielen Bewohner:innen anderweitig nicht menschenwürdig unterzubringen wären. Und indem dort Menschen ihr Leben leben, handelt sich um einen der lebendigsten Teile des Bauhaus-Erbes bzw. seiner Wirkungsgeschichte.

Autorinnen und Autoren

Uwe Gellert, Prof., lehrt Industrial Design und ist Studiengangsleiter des internationalen Master of Integrated Design (MAID) an der Hochschule Anhalt, Fachbereich Design.

eMail uwe.gellert@hsa-anhalt.de

Nico Grunze, Dr., studierte Geographie und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Rahmen einer Promotion beschäftigte er sich mit den Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen. Nach Stationen in der Lehre und Wissenschaft ist er in der Verbandsarbeit tätig.

Marcel Helbig, Prof. Dr., Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Erfurt und Humboldt-Universität zu Berlin. Professor für Bildung und soziale Ungleichheit an der Universität Erfurt und Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

eMail: marcel.helbig@wzb.eu

Stefanie Jähnen, M. A. in Sozialwissenschaften, Studium an den Universitäten Leipzig, Granada (Spanien) und der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2011 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), aktuell als Gastwissenschaftlerin mit einem Promotionsstipendium.

eMail: stefanie.jaehnen@wzb.eu

Sigrun Kabisch, Prof. Dr. habil., leitet am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung-UFZ das Department Stadt- und Umweltsoziologie. Darüber hinaus lehrt sie an der Universität Leipzig sozialwissenschaftliche Stadtgeographie. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören: Urbane Transformationen und nachhaltige Stadtentwicklung; Raumwirkungen des demographischen Wandels; Zukunftschancen von Großwohnsiedlungen. Sie ist Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Joint Programming Initiative (JPI) Urban Europe.

eMail: sigrun.kabisch@ufz.de

Stefan Köder, Dipl. Ing. Arch., hat Soziologie, Pädagogik und Psychologie an der Universität Augsburg sowie Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung (ASL) an der Universität Kassel studiert. 2012–2015 in Magdeburg Knowledge Ambassador und Communication Manager für das ReBlock-Projekt im Rahmen des URBACT II-EU-Programms. Seit 2011 Leiter des „Büros für Stadtteilarbeit Neu Olvenstedt (IB)“. Arbeitsschwerpunkte: Stadtteilmanagement, Stadtumbau/Soziale Stadt sowie Empowerment- und Inklusionsprojektarbeit.

eMail: stefan.koeder@internationaler-bund.de

Angelika Mettke, Prof. Dr.-Ing. habil., Studium Technologie der Bauproduktion an der Ingenieurhochschule bzw. Hochschule für Bauwesen in Cottbus und seit 1977 an der heutigen Brandenburgischen Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU C-S) tätig. Seit 2001 Leiterin der Fachgruppe Bauliches Recycling bzw. Leiterin des Arbeitsgebietes Bauliches Recycling am Institut für Umwelt- und Verfahrenstechnik.

Arbeitsschwerpunkte: Lebenszyklus von Immobilien, Flächenrecycling und URBAN MINING.

e-Mail: mettk@b-tu.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker. Seit 2004 Forschungsdirektor bzw. Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), Lehrveranstaltungen am Institut für Soziologie der MLU, Herausgeber der Zeitschrift „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“, Sprecher der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulpolitikanalyse, Hochschulorganisation, Bildung und Wissenschaft in demografisch herausgeforderten Regionen, Wissenschaftszeitgeschichte.

eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de, Netz: www.peer-pasternack.de

Katrin Reimer-Gordinskaya, Prof. Dipl.-Psych. Dr. phil., lehrt kindliche Entwicklung, Bildung und Sozialisation an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Sonya Schönberger verbindet in ihrer künstlerischen Praxis Studien der Ethnologie und der Experimentellen Mediengestaltung. Ihre künstlerischen Arbeiten betreffen immer das Persönliche und laden den Betrachter ein, einen Raum zu betreten, der eigene Reflexionen möglich macht und das Individuum mit sich selbst konfrontiert. Sie bedient sich je nach Projekt unterschiedlicher Medien wie Fotografie, Theater, Video, Installation oder Audioformaten und zeigt ihre Arbeiten im In- und Ausland.

Netz: www.sonyaschoenberger.de

Oliver Sukrow, Dr. phil., Kunsthistoriker, studierte 2005–2011 Baltistik (B.A.) und Kunstgeschichte (M.A.) an den Universitäten Greifswald, Salzburg und Colchester. Promotion 2016 an der Universität Heidelberg am Forschungsbereich Kunstgeschichte mit einer Arbeit zum Thema „Utopie in der bildenden Kunst und Architektur der DDR der 1960er Jahre“. Seit 2016 Universitätsassistent an der Abteilung Kunstgeschichte der TU Wien.

eMail: oliver.sukrow@gmail.com

Steffen Zierold, Dipl.-Soz., Studium der Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Kopplung von Hochschul- und Regionalentwicklung in demografisch herausgeforderten Regionen, kultur- und kreativwirtschaftliche Entwicklungen im Kontext der Stadtentwicklung, Hochschulorganisation.

eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de